

17. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU

Freie Lern- und Lehrmaterialien ins Netz stellen – Open Educational Resources in Berlin

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat von Berlin wird aufgefordert, das Prinzip von offenen digitalen Bildungsressourcen (sog. „*Open Educational Resources*“) in der schulischen Bildung umzusetzen.

Als ersten Schritt wird der Senat aufgefordert, darzustellen, welche Chancen und Risiken für das Land Berlin bestehen, wenn über eine selbst- oder fremdbetriebene Internet-Plattform, Lehrinhalte und Lehrmaterialien von Berliner Lehrkräften von Schulträgern des Landes Berlin, welche von diesen Urhebern unter einer freien Lizenz gestellt werden (sog. „*Creative Commons Licence*“), zur freien Verwendung für Lehrkräfte im schulischen und außerschulischen Unterricht in Berlin zur Verfügung gestellt werden können.

Dabei ist die Einbeziehung regional ansässiger Unternehmen ebenso von Schulbuchverlagen darzustellen. Eine Ausweitung der Plattform und eine Anerkennung durch die Kultusministerkonferenz ist ebenfalls darzustellen.

Weiter ist darzulegen, ob und wie mit den Schulbuchverlagen in einen ergebnisoffenen Dialog zur Zulassung digitaler Kopien für den Unterrichtsgebrauch, zur Zukunft des klassischen Lehrbuches und zur Wahrung des Urheberrechts der Verlage bei erforderlicher Nutzung von analogen oder digitalen Lehrbüchern im Schulunterricht eingetreten werden kann.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum .31. Dezember 2013 zu berichten.

Begründung:

Freie Lerninhalte, fachlich auch als "Open Educational Ressources" bezeichnet, stellen eine große Chance für die Wissensvermittlung an Berliner Schulen dar. So ist unser Nachbarland Polen bereits heute Vorreiter für den Einsatz von freien Lerninhalten.

Die Koalitionsfraktionen leiten mit dem Antrag den ersten Schritt in die richtige Richtung ein. Der Senat soll in einem Bericht die Chancen und Risiken einer Internetplattform darstellen, auf der freie Lerninhalte oder Lernmaterialien von Berliner Lehrkräften eingestellt werden können. Die regional ansässigen Unternehmen sind ebenso wie die Schulbuchverlage in die Überlegung einzubeziehen.

Der Bericht soll auch Aussagen darüber enthalten, wie mit den Schulbuchverlagen in einen ergebnisoffenen Dialog über die Zulassung digitaler Kopien für den Unterrichtsgebrauch, der Zukunft des klassischen Lehrbuches und zur Wahrung des Urheberrechts der Verlage eingetreten werden kann.

Die Koalition schafft damit die Voraussetzungen, um mit dem Berichtsauftrag über weitere konkrete Schritte an den Berliner Schulen zu entscheiden. Daher zeigen sich die Koalitionsfraktionen ebenso interessiert, wie auch aufgeschlossen über die vom Senat zu erarbeitenden Bericht. Den Koalitionsfraktion ist bewusst, mit ihrer Vorstellung über eine Internetplattform für freie Lerninhalte Neuland zu betreten, umso mehr ist erforderlich, den Bericht abzuwarten, bevor über konkrete Schritte entschieden wird.

Berlin, 20. August 2013

Saleh Kohlmeier
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der SPD

Graf Dregger
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU